

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Integration
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Andreas Maurer, Wolfram Schroff

Geben und Nehmen

Die Positionen europäischer und deutscher
Akteure zur Finanziellen Vorausschau 2007

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapier der FG 1, 2004/ 01, Januar 2004
SWP Berlin

Inhalt

**Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den
Gemeinschaftseinnahmen 4**

Eigenmittelobergrenze 4

Eigenmittelbeschaffung 5

Rebate 6

**Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den
Gemeinschaftsausgaben 6**

Landwirtschaft 6

Strukturpolitik 8

Interne und externe Politikbereiche 10

**Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und Parteien zu
den Gemeinschaftseinnahmen 10**

Eigenmittelobergrenze 10

Eigenmittelbeschaffung und Rebate 11

**Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und Parteien zu
den Gemeinschaftsausgaben 11**

Landwirtschaft 11

Strukturpolitik 12

Interne und externe Politikbereiche 13

TABELLEN

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite EU 14

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite Deutschland 16

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite EU 18

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite Deutschland 27

Unmittelbar nach dem Scheitern der Regierungskonferenz über den Entwurf einer Europäischen Verfassung Mitte Dezember 2003 tritt ein neues, gleichwohl seit langem auf der Zeitschiene der EU-Integration bekanntes Thema auf die europäische Bühne: Die Finanzielle Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 wird in den kommenden Monaten die Regierungen der künftig 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie die Kommission und das Europäische Parlament vor schwierige Verhandlungen stellen. Im Februar 2004 wird die Kommission in einer Mitteilung an den Rat die Richtung für die zukünftige europäische Finanzplanung skizzieren. Noch in der ersten Jahreshälfte 2004 soll dann ein Gesetzgebungsvorschlag als Grundlage für die erforderlichen Beratungen vorliegen. Nach den Planungen der Kommission könnte die neue Finanzielle Vorausschau im ersten Halbjahr 2005 verabschiedet werden.

Das gemeinsame Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi vom 15. Dezember 2003 mit Blick auf die kommenden Finanzverhandlungen und das harsche Echo, das es auf vielen Seiten hervorrief, bezeugen die zum Teil erheblichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Union. Während die Verfasser des Schreibens die Eigenmittelobergrenze auf das gegenwärtige Ausgabenniveau absenken wollen, mahnen andere angesichts der Erweiterung und der alten wie neuen Aufgaben in den Gemeinschaftspolitiken zu größeren finanziellen Anstrengungen.

Zu erwarten ist, dass sich die Reformdebatte diesmal nicht um die europäische Landwirtschaft drehen wird, da hierfür die Ausgaben bereits im Oktober 2002 vom Europäischen Rat bis einschließlich 2013 festgelegt wurden. Vielmehr wird der zweite große Ausgabenbereich, die EU-Strukturpolitik, im Mittelpunkt der kommenden Beratungen stehen. Die bisherigen Empfänger von Strukturfördermitteln, allen voran Spanien, bangen mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten um den Verlust der Förderfähigkeit ihrer Regionen und verlangen deshalb von den ‚Nettozahlern‘ größere finanzielle Solidarität. Mehr Geld erfordern zukünftig aber auch die Aufgaben in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in der Justiz- und Innenpolitik sowie im Bereich der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik. Und schließlich wäre eine Erhöhung der Mittel für die internen Politikbereiche der ‚alten‘ Europäischen Gemeinschaft mehr als wünschenswert.

Weniger spektakulär als der drohende Streit über die Gemeinschaftsausgaben erscheinen derzeit noch die Reformüberlegungen auf der Einnahmenseite. Aber auch hier werden Vorstöße zu einer Änderung des Eigenmittelsystems aller Voraussicht nach Dissonanzen hervorrufen. Spätestens der Ruf nach einer Modifizierung des bestehenden Rabattsystems wird für ausreichend Konfliktstoff sorgen.

Grund genug, die unterschiedlichen Positionen von Mitgliedstaaten und EU-Organen zu den anstehenden Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau aufzuzeigen. In einem zweiten Teil werden in gleicher Weise die Standpunkte einiger deutscher Akteure zu den wichtigsten strittigen Themen untersucht.

Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den Gemeinschaftseinnahmen

Eigenmittelobergrenze

Der Brief der sechs ‚Nettozahler‘ an Kommissionspräsident Romano Prodi war Anlaß zum Streit. In ihrem Schreiben fordern die Unterzeichner, die durchschnittlichen Ausgaben für die kommende Finanzielle Vorausschau 2007-2013 auf dem gegenwärtigen Niveau von nicht mehr als 1,0% des Bruttonationaleinkommens in der EU (EU-BNE) zu stabilisieren. Diese Quote entspricht auch dem Mitte Dezember vom EU-Parlament verabschiedeten Brüsseler Haushalt für 2004.¹ Die Regierungen der sechs größten Nettozahler versichern, dass trotz der geforderten Beschränkung des Ausgabenniveaus immer noch jährliche nominelle Zuwachsraten von knapp 5% für den EU-Haushalt zu erwarten seien und damit eine angemessene Gestaltung der Politik in der erweiterten Union gewährleistet sei.

Auf scharfe Kritik trifft die Initiative der sechs Staaten hingegen in Brüssel. Romano Prodi hält die geplante Erweiterung und die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben bei einer dauerhaften Deckelung der Ausgaben für ausgeschlossen. Der Kommissionspräsident und mit ihm zehn weitere Kommissare befürworten deshalb, die bisherige Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP in der kommenden Finanzperiode voll auszuschöpfen. Einigkeit besteht innerhalb der Kommission allerdings nicht. So wurde von Seiten der deutschen, britischen und niederländischen Kommissare ein Budgetvorschlag in Höhe von 1,15% des EU-BNE ins Spiel gebracht. Der Vorschlag konnte sich allerdings innerhalb der Kommission bisher nicht durchsetzen.

Das Ansinnen der sechs Mitgliedstaaten stößt bei den anderen EU-Regierungen auf unterschiedliche Reaktionen. Spanien lehnt als bisheriger Nettoempfänger von EU-Fördermitteln die Forderung nach einem „Einfrieren“ der Brüsseler Ausgaben entschieden ab. Vorschläge spanischer Entscheidungsträger, die der Position der sechs Nettozahler entgegenkom-

¹ Vgl. EU-Haushalt 2004: gute Ergebnisse des Konzertierungsverfahrens, Brüssel, 24.11.03, http://europa.eu.int/comm/commissioners/schreyer/Presse/241103_eu-budget2004_de.pdf

men, sind angesichts des bevorstehenden Wahlkampfs in naher Zukunft wohl kaum zu erwarten. Polens Regierung äußert hingegen Verständnis für die sechs Mitgliedstaaten; schließlich seien die möglichen finanziellen Folgen einer solchen Begrenzung der Ausgaben, so der für die EU-Integration zuständige Staatssekretär Jaroslav Pietras, nicht unbedingt ungünstig. Polen erhalte die vollen Direktzahlungen erst ab 2013, und die Strukturförderung sei auf 4% des BIP begrenzt. Weitere Verbündete sieht Finanzminister Hans Eichel seit dem EU-Finanzministerrat Ende Januar in Irland, Dänemark, Italien und Slowenien, die sich gegen die Erhöhung des Brüsseler Etats von derzeit 100 Mrd. Euro im Jahr bis 2013 um etwa 50 Mrd. Euro verwehren.

Eigenmittelbeschaffung

Überlegungen mit Blick auf eine Reform des Eigenmittelsystems der Union werden bisher nur innerhalb der Kommission und auf Seiten der österreichischen Bundesregierung diskutiert. Haushaltskommissarin Michaela Schreyer befürchtet die völlige Abhängigkeit von Beiträgen aus den Mitgliedstaaten, die sich an deren Wirtschaftsleistung bemessen. Eine zunehmende Gefahr für die Finanzautonomie Brüssels stelle zudem die stetige Abnahme des Anteils der traditionellen Eigenmittel am Gesamtbudget dar. Schreyer und der österreichische Bundeskanzler Schüssel schlagen deshalb vor, bestimmte Steuereinnahmen (aus Wien wird die Körperschaftssteuer in die Diskussion gebracht) in den Mitgliedstaaten ganz oder teilweise für die EU-Finanzierung zu reservieren. Dies könne auf der Basis bereits bestehender harmonisierter Steuern geschehen, einer neuen EU-Steuer bedürfe es hierfür nicht.

Als weiteres Argument für eine Reform der Eigenmittelbeschaffung nennt die Haushaltskommissarin die völlige Intransparenz des jetzigen Systems. Eine klar sichtbare EU-Steuer würde es hingegen dem einzelnen EU-Bürger ermöglichen, die abgeführten Steuern als solche wiederzuerkennen. Und nicht zuletzt entspreche eine unmittelbare Finanzierungsquelle auch dem politischen Status der Gemeinschaft. Tatsächlich birgt die Einführung einer EU-Steuer einen weiteren politischen Vorteil. Denn immerhin wären dann auch Wahlen zum Europäischen Parlament über Auseinandersetzungen zur Frage der Finanzierung weiterer Integrationsvorhaben analog zu nationalen Wahlen zu gestalten. Europawahlen könnten genutzt werden, um die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der EU zu sanktionieren, die Fraktionen im EP sowie die Europäischen Parteien könnten sich einem Thema widmen, daß sich als Vehikel zur Europäisierung einer öffentlichen Debatte in allen EU-Staaten eignet.

Die anderen Mitglieder der Union halten sich hinsichtlich der Finanzierung des Budgets über eine eigene Steuer noch bedeckt. Die Erklärung von Staatsminister Bury im Plenum des Europäischen Konvents, wonach die Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung durch eine zusätzliche EU-Steuer für

Deutschland nicht in Frage komme, dürfte insoweit auch dem derzeitigen Empfinden der meisten anderen Mitgliedstaaten entsprechen. Diese Haltung schließt allerdings die Schaffung eines autonomeren und transparenten Eigenmittelsystems nicht aus.

Rebate

Keine offiziellen Äußerungen seitens der EU-Staaten sind derzeit im Rahmen der Debatte um den britischen Beitragsrabatt zu hören. Abgesehen von Großbritannien dürften sich aber alle Mitgliedstaaten darin einig sein, dass die Beitragszahlungen für den britischen Zahlungsrabatt in Höhe von 4,7 Mrd. Euro nicht ohne weiteres fortgeführt werden sollten. Weder die ökonomische Situation in Großbritannien noch die anstehenden Kosten für die Erweiterung rechtfertigen die Beibehaltung des Sonderrabatts.

Die Kommission tritt ebenfalls für ein gerechteres System ein, ist sich aber angesichts der erforderlichen Einstimmigkeit im Europäischen Rat darüber bewusst, dass eine Änderung des Eigenmittelbeschlusses gegen die Londoner Regierung nur schwer durchzusetzen ist. In die entgegengesetzte Richtung geht deshalb der Vorschlag Michael Schreyers, eine zumutbare Obergrenze für Beiträge, die, gemessen am nationalen BSP, für alle Nettozahler gleichermaßen gilt, einzuführen. Dies hätte die funktionale Erweiterung des Rabattsystems auf alle Mitgliedstaaten der EU zur Folge.

Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zu den Gemeinschaftsausgaben

Landwirtschaft

Die Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 lassen für den Bereich Landwirtschaft nicht die Annahme grundsätzlich neuer Vorschläge erwarten, sondern vielmehr die Beibehaltung oder gegebenenfalls leichte Modifikation bereits auf den Weg gebrachter Reformen. Weitreichende Beschlüsse mit Blick auf die Finanzierung der europäischen Agrarwirtschaft wurden sowohl auf dem Brüsseler Ratstreffen im Oktober 2002² als auch auf der Tagung der Agrarminister im Juni 2003 in Luxem

² Vgl. Europäische Kommission, Informationsblatt: Erweiterung und Landwirtschaft: Ein faires, maßgeschneidertes Paket zugunsten der Landwirte in den Beitrittsländern, Brüssel, 20.12.02, http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=MEMO/02/301|0|RAPID&lg=DE&display=

burg³ getroffen.

Im Vorfeld des Brüsseler Treffens kamen der französische Staatspräsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder darin überein, die Ausgaben für Direktzahlungen und Preisstützung im Agrarbereich mit einem Inflationsausgleich von 1 % von 2007 bis 2013 einzufrieren, ein Kompromiss, der von den anderen Teilnehmern dann im Wesentlichen bestätigt wurde. Die Finanzierung der Osterweiterung im Agrarsektor wird nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs durch eine stufenweise Heranführung der Beitrittsländer an die zu erwartende Höhe an Direktzahlungen vollzogen. Die neuen Mitgliedstaaten erhalten 25 % der Direktzahlungen für das Jahr 2004, 30 % im Jahr 2005 und 35 % im Jahr 2006. Für die kommende Finanzperiode werden dann die Direktzahlungen stufenweise bis auf 100 % im Jahr 2013 erhöht.

Nach der förmlichen Annahme der Brüsseler Beschlüsse auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 einigten sich die Agrarminister in Luxemburg auf eine Reihe von Reformen, die der Ausgabenplanung im Agrarbereich die nötige Stabilität verleihen sollen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Maßnahmen, die der Überschussproduktion in der Gemeinschaft Einhalt gebieten und dem nötigen Strukturwandel in den ländlichen Regionen Mittel und Wege zur Seite stellen sollen. Die Ergebnisse der Beratungen sehen im Einzelnen vor:

- Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion,
- stärkere Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch die Mittelumschichtung im Rahmen der sogenannten Modulation,
- Bindung der Direktzahlungen an die Einhaltung von Umwelt-, Tier-schutz- und Qualitätsvorschriften (Cross Compliance),
- Mechanismus zur Wahrung der Haushaltsdisziplin in Form einer Anpassung der Direktzahlungen (Degression), und
- Anpassungen der Marktstützungspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), insbesondere durch Kürzungen im Milch- und Getreidesektor.

Die sechs ‚Nettozahler‘ bekräftigen in ihrem Schreiben an Kommissionspräsident Romano Prodi, dass sie an den in Brüssel vereinbarten Agrarausgaben bis 2013 festhalten wollen. Es ist wohl auf das Drängen Frankreichs als größtem Empfänger von Agrargeldern zurückzuführen, dass diese Forderung in den Brief Eingang gefunden hat. Mit Großbritannien, Schweden und den Niederlanden gehören auch Staaten zu den Unterzeichnern, die seit Jahren einen radikalen Abbau der Agrarbeihilfen befürworten. Fehlende Kommentare von Seiten der anderen Mitgliedstaaten der EU-25 lassen darauf schließen, dass an dem Thema der Agrarausgaben in den Gesprächen für die Finanzielle Vorausschau 2007 nicht gerüttelt

³ Vgl. Grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa, Luxemburg, 26.06.03, http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=IP/03/898|0|RAPID&lg=de&display=

werden soll. Einzig und allein die Haushaltskommissarin Michaela Schreyer und Erweiterungskommissar Günther Verheugen stellen den Umfang der vereinbarten Agrarzahlungen in Frage, solange die sechs Nettozahler auf der Deckelung der Gesamtbudgets beharren.

Strukturpolitik

Die Ausgaben für die europäische Strukturpolitik werden im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen stehen. In diesem Zusammenhang wird der auf Anfang Februar verschobene *dritte Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt*, in dem die Kommission ihre Vorstellungen zu den Grundzügen der künftigen Strukturpolitik darstellen wird, von besonderem Interesse sein. Der Bedeutung des Themas wurde die Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission im Vorfeld aber bereits dadurch gerecht, dass sie alle beteiligten Akteure dazu aufforderte, sich an einer Diskussion über die Zukunft der EU-Strukturpolitik mit eigenen Positionen und Beiträgen auf einer hierfür eingerichteten Internetseite zu beteiligen. Die Positionen von siebzehn Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments und der Kommission selbst lassen neben großer Uneinigkeit in manchen Punkten auch Einvernehmen oder zumindest keinen nennenswerten Widerspruch in einzelnen Punkten erkennen. Dazu zählen:

- die Beibehaltung der Absorptionsgrenze für Strukturmaßnahmen von 4% des jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP),
- die Konzentration auf die Ziel-1-Förderung,
- die Beibehaltung des Schwellenwerts für die Ziel-1-Förderung von 75% des regionalen BIP pro Kopf, gemessen am EU-Durchschnitt,
- mehr Vereinfachung, Effizienz und Transparenz bei der Vergabe und Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen, und
- mehr dezentrale Verantwortung bei der Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen.

Klare Differenzen bestehen hingegen insbesondere über die Höhe der für die Strukturpolitik vorgesehenen Finanzausstattung sowie hinsichtlich der Übergangsregelungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt. Die Koalition der sechs Nettozahler Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Österreich und Schweden tritt für eine deutliche Begrenzung der gemeinschaftlichen Ausgaben ein und lässt keinen Zweifel daran, dass in diesem Zuge auch die Ausgabenobergrenze für die Strukturpolitik gesenkt werden soll. Für ihre Beibehaltung treten hingegen mit Italien, Belgien, Finnland, Tschechien, der Slowakei und dem Europäischen Parlament sowohl alte als auch neue Mitgliedstaaten der Union sowie ein an den Verhandlungen um die finanzielle Vorausschau beteiligtes und in der Legislaturperiode 2004-2009 gestärkt auftretendes EU-Organ ein. Portugal, Ungarn und Litauen befürworten sogar eine absolute Steigerung der Strukturausgaben. Die Anzahl derer, die der Strukturförderung zumindest das bisherige Gewicht zukommen lassen

möchten, wird sich mit Sicherheit noch erhöhen, da sowohl eine Reihe von Beitrittsländern als künftige Nutznießer der europäischen Strukturpolitik als auch Spanien als bisher größter Empfänger von Fördermitteln ihre Vorstellungen noch gar nicht oder nur teilweise geäußert haben.

Die Festsetzung der Ausgabenobergrenze für die Strukturförderung wird auch stark davon abhängen, ob es gelingt, geeignete Übergangsregelungen (*phasing out*) für die durch den statistischen Effekt der EU-Erweiterung betroffenen Regionen aushandeln zu können. Bis auf Spanien und Portugal sind alle Mitgliedstaaten sowie die EU-Organe der Ansicht, dass die Ziel-1-Förderung in diesen Regionen in Form von Übergangszahlungen auslaufen müsse. Über Höhe und zeitliche Dauer der Zuwendungen gibt es allerdings noch keine konkreten Verlautbarungen. Allein die Aussagen Deutschlands, Großbritanniens und Dänemarks, Übergangszahlungen nur zeitlich eng begrenzt gewähren zu wollen, dürften bei den zu erwartenden „Verlierern“ der Erweiterung auf Widerstand stoßen.

Stellvertretend für die unterschiedlichen Ansichten der Mitgliedstaaten über die Höhe der Strukturausgaben und die Beschaffenheit der Übergangsregelungen ist auch innerhalb der Kommission ein Streit darüber entbrannt. Auf der einen Seite plädiert Regionalkommissar Michel Barnier für die Beibehaltung, wenn nicht gar Überschreitung der bisherigen Ausgaben für die Strukturpolitik. Zudem fordert er längere und substantiellere Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt, als dies die bestehenden Phasing-Out-Regelungen vorsehen. Auf der anderen Seite wünscht eine Gruppe von Kommissaren um Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein eine radikale Umverteilung der Strukturhilfen auf die Beitrittsländer zu Lasten der bisherigen Empfänger. Achtzehn Regionen würden dabei ihren Ziel-1-Förderstatus verlieren. Den Kommissaren geht es in erster Linie darum, mehr Finanzierungsmittel für ihrer Meinung nach zukunftssträchtigere Politikbereiche zur Verfügung stellen zu können. In diesem Sinne befürworten sie auch den Wegfall der Ziel-2-Förderung, ein Vorschlag, der bisher nur auf deutscher Seite auf Gegenliebe stößt.

Die Positionen der Mitgliedstaaten und EU-Organe zur Finanzierung der EU-Strukturpolitik zeigen, dass die Bereitschaft für einen generellen Systemwechsel bisher gering ist. Ein am Prinzip der Solidarität orientierter, radikaler Umbau der Strukturförderung, der eine Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten und nicht mehr zwischen den Regionen vorsieht, wird bisher nur von Schweden und den Niederlanden erwogen (Kohäsionsansatz).

Bereits ansatzweise verwirklicht wurde dieser Ansatz im Rahmen des seit 1993 bestehenden Kohäsionsfonds. Als bisherige und zukünftige Empfänger der aus diesem Fonds stammenden Mittel setzen sich Portugal, Ungarn, Slowenien, Tschechien und Litauen für seinen Erhalt und weiteren

Ausbau ein.

Interne und externe Politikbereiche

Die Kommission wünscht sich eine Erhöhung der Ausgaben insbesondere in den Bereichen, die zu einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zu einer angemessenen Erfüllung ihrer künftigen Aufgaben in der GASP beitragen. Die gemeinsame Initiative der sechs Nettozahler mit Blick auf die kommende Finanzielle Vorausschau lässt allerdings keine nennenswerte Steigerung der finanziellen Ressourcen für die internen und externen Politikbereiche erwarten. Zwar betonen die Regierungen, dass die EU-Ausgaben zur Steigerung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit beitragen sollen und weitere Schlüsselaufgaben in der GASP, dem Schutz der Außengrenzen und der Steuerung der Migrationsströme liegen, jedoch wird die Senkung der Ausgabenobergrenze auf 1% des BNE die Spielräume hierfür eher begrenzen. Wie ernst es Deutschland, Frankreich, Belgien und andere Befürworter einer Aktivierung der Regeln für die verstärkte Zusammenarbeit in diesen Bereichen meinen, wird sich letztlich auch in deren Bereitschaft zur finanziellen Ausstattung des EU-Haushalts zeigen. In Paris wird relativ offen die Karte der den EU-Regeln entzogenen Finanzierung gespielt. Im Prinzip geht die Debatte über die Flexibilisierung einzelner Integrationsschritte daher implizit auch um die Frage des Verhältnisses zwischen Supranationalisierung und Intergouvernementalisierung in den relativ neuen Politikfeldern des EU-Rechts.

Die anderen Mitgliedstaaten enthalten sich bisher jeglicher Kommentare und bemühen sich lieber um ihre Positionierung zur Strukturpolitik auf der Grundlage des bestehenden Acquis. Dies lässt darauf schließen, dass die Höhe der zu verteilenden Gelder für die internen und externen Politiken letztlich von den politischen Entscheidungen über die Integrationstiefe dieser Bereiche abhängig sein wird.

Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und Parteien zu den Gemeinschaftseinnahmen

Eigenmittelobergrenze

Der Wille der Bundesregierung, die Eigenmittelobergrenze auf einem Niveau von nicht mehr als 1% des EU-BNE zu stabilisieren, stößt in Deutschland nur bedingt auf Zustimmung. Die SPD sowie Vertreter von CDU/CSU und FDP sprechen sich deutlich für eine Entlastung der Nettoposition Deutschlands aus und somit gegen eine Ausschöpfung der Eigenmitte

obergrenze von 1,27% des EU-BSP aus. Leichte Unterstützung üben die Bundesländer, die sich in einem gemeinsamen Eckpunktepapier zwar für die Beibehaltung, nach Möglichkeit aber auch Unterschreitung der bestehenden Eigenmittellobergrenze einsetzen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen sieht hingegen in einer Gemeinschaft aus 25 Mitgliedstaaten keinen Spielraum für eine Deckelung des EU-Haushalts..

Eigenmittelbeschaffung und Rebate

Bündnis 90/Die Grünen sind bisher auch die einzige Partei, die in einem Programmentwurf zum Europawahlkampf klare Anforderungen an das europäische Eigenmittelsystem stellt. So betonen sie die Notwendigkeit, die Union in Zukunft direkt am nationalen Steueraufkommen zu beteiligen oder durch eine eigene EU-Steuer zu finanzieren. Das Eigenmittelsystem müsse für den Bürger durchschaubar und dem erreichten Integrationsstatus der Union gerecht werden. Den britischen Beitragsrabatt lehnen Bündnis 90/Die Grünen als ungerechtfertigt ab.

Positionen der Bundesregierung, der Bundesländer und Parteien zu den Gemeinschaftsausgaben

Landwirtschaft

Die Bundesregierung, die einzelnen Bundesländer sowie die beiden Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehen bisher keine Veranlassung, für eine Modifikation der in Brüssel und Luxemburg angenommenen Beschlüsse zur Finanzierung der europäischen Agrarpolitik einzutreten. Einzig und allein die mittelfristige Senkung des Agraranteils am Gesamtbudget und eine stärkere Förderung der Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen in der Landwirtschaft werden von Bündnis 90/Die Grünen als politische Zielvorgaben formuliert.

Die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP zeigen sich mit den finanziellen Vorgaben für die europäische Landwirtschaft bis 2013 grundsätzlich einverstanden. Die stufenweise Heranführung der Beitrittsländer an die Direktzahlungen wird von Seiten der CDU/CSU ausdrücklich begrüßt. Die Unionsparteien warnen aber zugleich davor, dass den deutschen Bauern durch automatische Kürzungen bei den Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik im Rahmen des Mechanismus zur Sicherung der Haushaltsdisziplin weitere Gelder verloren gehen könnten, sobald die starre Ausgabenobergrenze durch die anfallenden Kosten der Erweiterung überschritten würde.

CDU/CSU und FDP halten auch die Entkopplung der Direktausgaben vom Produktionsvolumen für einen Schritt in die richtige Richtung, mahnen zugleich aber dazu, diese zwecks Übersichtlichkeit und geringerem Verwaltungsaufwand vollständig vorzunehmen. Als zu bürokratisch und kostenintensiv gelten darüber hinaus insbesondere bei der CDU/CSU die Regelungen zu Modulation und Cross Compliance. Generell sind alle drei Parteien der Ansicht, dass eine gesicherte Finanzierung der europäischen Agrarpolitik nur aus dem Einstieg in die nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen erwachse. Damit verringere sich sowohl der deutsche Beitrag an den Agrarausgaben als auch deren Anteil am Gesamtbudget.

Strukturpolitik

Wie schon auf europäischer Ebene spielt die Finanzierung der EU-Strukturpolitik ab 2007 auch in den Überlegungen der wichtigsten Akteure in Deutschland eine weitaus größere Rolle als die europäische Agrarpolitik. Gemessen an den Forderungen der Bundesregierung bergen die Standpunkte seitens der Länder sowie von Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU sowohl Übereinstimmungen als auch Konfliktstoff. Zu den Punkten, die ein Einvernehmen erwarten lassen, zählen:

- die Beibehaltung der Absorptionsgrenze für Strukturmaßnahmen von 4% des jeweiligen nationalen BIP,
- die Konzentration auf die Ziel-1-Förderung (die Bundesregierung möchte hierfür 90 bis 95% aller Strukturmittel verwenden, Bündnis 90/Die Grünen hingegen nur zwei Drittel),
- die Beibehaltung des Schwellenwerts für die Ziel-1-Förderung von 75% des regionalen BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt, und
- mehr Vereinfachung, Effizienz und Transparenz bei der Vergabe und Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen.

Eine Mehrheit der deutschen Akteure fordert zudem mehr dezentrale Verantwortung bei der Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen sowie eine Lockerung der beihilferechtlichen Bestimmungen auf nationaler und regionaler Ebene.

Zu den kontroversen Punkten gehört in erster Linie die Frage nach der Höhe der Ausgaben für die Strukturpolitik. Hiermit eng verknüpft ist die Einrichtung von Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung aufgrund des durch die Erweiterung ausgelösten statistischen Effekts entfällt. Die Forderung der Bundesregierung, die bisherige Obergrenze von 0,45% des EU-BIP zu senken und den Regionen, die aus der Förderung fallen, mit eng begrenzten Übergangszahlungen zur Seite zu stehen, wird nur von einem Teil der Bundesländer, allen voran Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen, mit Zustimmung aufgenommen. Die ostdeutschen Länder üben sich hingegen in deutlicher Kritik an diesem Vorhaben, das sie den Verlust ihrer bisherigen Förderung ohne entspre

chenden Ausgleich fürchten. Unterstützung erhalten sie hierbei von der CDU/CSU, die zwar keine konkrete Zahl für die Höhe der Strukturzahlungen nennt, sich aber für Übergangszahlungen auf dem Niveau der bisherigen Ziel-1-Förderung stark macht. Bündnis 90/Die Grünen sprechen hingegen von „gerechten“ Übergangszahlungen, die in der Beibehaltung und vollständigen Ausschöpfung der bisherigen Ausgabenobergrenze ihre geeignete Finanzierung finden sollen.

Unterschiedliche Ansichten lassen sich auch hinsichtlich des zweiten und dritten Förderziels identifizieren. Während die Bundesregierung diese vollends abschaffen möchte, plädieren Bündnis 90/Die Grünen sowie einige westliche Bundesländer für ihre Beibehaltung. Insbesondere die Maßnahmen, mit denen sich ein europäischer Mehrwert erzielen lässt, sollten ihrer Meinung nach auch in Zukunft fortgeführt werden.

Der Wunsch nach einem vollständigen Umbau der europäischen Strukturpolitik wurde bisher von deutscher Seite nur verhalten geäußert. Mit Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sieht nur ein Teil der Bundesländer in einer grundlegenden Reform der EU-Strukturpolitik mit einem Systemwechsel hin zu einer ausschließlichen Förderung schwächerer Mitgliedstaaten eine achtbare Alternative. Der Wechsel zu Transferzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten könnte zu mehr Effizienz und Kostenersparnis bei der Verwaltung der europäischen Fördermittel sowie zu mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für die Überwindung ihrer Strukturprobleme führen. Voraussetzung für die Zustimmung der Länder zu einem Nettofondssystem wäre allerdings die frühzeitige und rechtsverbindliche Zusage durch den Bund, die den Ländern dadurch entgehenden EU-Mittel zu kompensieren. Eine Lockerung der beihilferechtlichen Regelungen müsse zur Ausweitung der nationalen Förderung noch hinzukommen. Ähnliche Überlegungen sind auch innerhalb der CDU/CSU-Fraktion zu vernehmen.

Interne und externe Politikbereiche

Hinsichtlich der internen und externen Politikbereiche der Gemeinschaft haben in Deutschland neben der Bundesregierung bisher die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stellung bezogen und eine Erhöhung der Ausgaben vorgesehen. Als vordringliches Ziel nennen alle drei Parteien die Erhöhung der Ausgaben für die Forschung.

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite EU

EU-ORGANE/ MITGLIEDSTAATEN (EU 25)	Eigenmittelobergrenze	Eigenmittelbeschaffung	rebate
KOMMISSION	● Festhalten am bisherigen EU-Budget nur durch Absenken der Zuflüsse an die jetzigen Empfänger möglich¹ ● elf Kommissare, darunter Prodi, Barnier und Lamy, für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP² ● deutsche, britische und holländische Kommissare für eine Ausgabenobergrenze von 1,15% des EU-BNE³ ● nach Bedarfsschätzungen der einzelnen Kommissionsabteilungen Ausgaben von 1,30% des EU-BNE möglich⁴	● gegen völlige Abhängigkeit von BSP-Eigenmitteln ● für Steuerfinanzierung der EU auf Basis bestehender harmonisierter Steuern⁵ ● für mehr Transparenz für den Steuerzahler⁶	● Ablehnung des britischen Beitragsrabatt ● für Festlegung einer zumutbaren Obergrenze für alle Nettozahler gemessen am nationalen BSP⁷
EUROPÄISCHES PARLAMENT			
DEUTSCHLAND	● für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE⁸	● gegen zusätzliche EU-Steuer⁹	
FRANKREICH	● für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE¹⁰		
GROSSBRITANNIEN	● für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE¹¹		● für unveränderte Beibehaltung des britischen Beitragsrabatt¹²
ITALIEN	● gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP¹³		
NIEDERLANDE	● für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE¹⁴		
DÄNEMARK	● gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP¹⁵		
IRLAND	● gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP¹⁶		

SCHWEDEN	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE¹⁷		
ÖSTERREICH	• für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgabenniveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE¹⁸	• für eigene EU-Steuer, wenn damit die Steuerlast für die EU-Bürger nicht steigt¹⁹	
SPANIEN	• gegen Deckelung der EU-Ausgaben auf 1% des EU-BNE²⁰ • für mehr finanzielle Solidarität²¹		
POLEN	• Verständnis für die Forderung der sechs Nettozahler, die EU-Ausgaben auf 1% des EU-BNE zu begrenzen²²		
UNGARN	• für mehr finanzielle Solidarität von Seiten der Nettozahler²³		
SLOWENIEN	• gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP²⁴		

Themen Agenda 2007 – Einnahmenseite Deutschland

BUNDESREGIERUNG, BUNDESLÄNDER UND PARTEIEN	Eigenmittelobergrenze	Eigenmittelbeschaffung	rebate
BUNDESREGIERUNG	für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgaben-niveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²⁵	gegen zusätzliche EU-Steuer²⁶	
BUNDESLÄNDER	für Beibehaltung und nach Möglichkeit Unterschreitung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP²⁷		
SPD	- für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgaben-niveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE²⁸ - Garrelt Duin (MdEP): für konsequente Ausschöpfung der bestehenden Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP²⁹		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	für Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP³⁰	für direkte Beteiligung am nationalen Steueraufkommen oder die Einführung einer eigenen EU-Steuer³¹	für Abschaffung des britischen Beitragsrabatt³²
CDU/CSU	- für Beibehaltung des gegenwärtigen Ausgaben-niveaus von nicht mehr als 1% des EU-BNE³³ - EVP-ED-Fraktionsvorsitzender Hans-Gert Pötering: für maßvolle Erhöhung der Ausgaben auf 1,15% des EU-BNE³⁴	gegen eigene EU-Steuer³⁵	
FDP	- gegen Ausschöpfung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des EU-BSP³⁶ - für finanzielle Entlastung Deutschlands³⁷	gegen Einführung einer EU-Steuer³⁸	

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite EU

EU-ORGANE/ MITGLIEDSTAATEN (EU 25)	Landwirtschaft	Strukturpolitik	Interne Politikbereiche	Externe Politikbereiche
KOMMISSION	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013³⁹ • gegen höhere Direktzahlungen für die Beitrittsländer⁴⁰ • Schreyer/ Verheugen: für Kürzung der Agrarausgaben bei Deckelung des EU-Budgets auf nicht mehr als 1 % des EU-BNE⁴¹	• gegen Anhebung des Schwellenwerts für den Erhalt der Ziel-1-Förderung in den bisherigen Förderregionen • für Übergangslösungen für Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung fallen⁴² • für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung⁴³ • für Vereinfachung und mehr Effizienz bei den Vergabeverfahren⁴⁴ Gegensätzliche Positionen innerhalb der Kommission: Regionalkommissar Barnier • für zukünftige Finanzausstattung der Strukturpolitik in Höhe von mindestens 0,45% des EU-BIP⁴⁵ • für längere und substanziellere Übergangszahlungen für Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung fallen⁴⁶ • für Unterstützung territorialer und thematischer Prioritäten außerhalb der Ziel-1-Förderung⁴⁷	• für Erhöhung der Ausgaben für die Asyl- und Immigrationspolitik • für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen⁵⁰ • für Erhöhung der Forschungsförderung • für Erhöhung der Förderung erneuerbarer Energien • für Erhöhung der Förderung für die Transeuropäischen Netze • für Erhöhung der Ausgaben für die Beschäftigungspolitik⁵¹ • Prodi: für Einrichtung eines Fonds zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP • für Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den Gemeinschaftshaushalt • für Erhöhung der Ausgaben für die neuen Nachbarn • für Erhöhung der Ausgaben für ein flexibleres Instrument bei Kriseninterventionen • für Erhöhung der Ausgaben für die militärische Forschung⁵³

		Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein • für radikale Umverteilung der Strukturhilfen auf die Beitrittsländer zu Lasten der bisherigen Empfänger; 18 Regionen verlieren ihren Ziel-1-Förderstatus⁴⁸ • für Wegfall der Ziel-2-Förderung⁴⁹	in Höhe von 22 Mrd. Euro ⁵²	
EUROPÄISCHES PARLAMENT		• gegen Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Beibehaltung von Übergangsregelungen für Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung fallen • für alternative Indikatoren neben dem BIP pro Kopf für die Festsetzung der Förderungswürdigkeit • gegen Renationalisierung der Kohäsionspolitik • für fortlaufende angemessene Unterstützung von Regionen in den alten Mitgliedstaaten auch nach der Erweiterung⁵⁴		
DEUTSCHLAND	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁵⁵ • für Beibehaltung der beschlossenen stufenweisen Heranführung der Beitrittsländer an die Direktzahlungen⁵⁶ • gegen Erhöhung des gesamten Agrarbudgets zu Gunsten der Entwicklung des ländlichen Raums⁵⁷	• für Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Senkung der Ausgabenobergrenze zu Gunsten zukunftsträgiger Bereiche⁵⁸ • für Finanzierung der Fördermaßnahmen in den Beitrittsländern durch Konzentration der Förderung in der alten Gemeinschaft⁵⁹ • für Absorptionsgrenze von maximal 4% des BIP • für Konzentration der EU-Strukturmittel auf die Ziel 1-Gebiete unter Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Verwendung von maximal 5-10% der EU-	• für ausreichenden finanziellen Spielraum bei Zukunftsaufgaben und Innovationen⁶⁰ • für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik⁶¹	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP⁶²

		Strukturfondsmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel 1, insbesondere solche mit hohem europäischen Mehrwert • für Wegfall der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung als eigenständige Ziele • für zeitlich eng begrenzte, faire Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Festlegung der Förderhöhe pro Kopf nach dem jeweiligen regionalen BIP • für ausreichenden beihilferechtlichen Spielraum für eine nationale Strukturpolitik • für grundlegende Reform der Verfahren zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik		
FRANKREICH	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁶³	• für Konzentration der Strukturmittel auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Vereinfachung der Vergabeverfahren⁶⁴	• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik⁶⁵	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP⁶⁶
GROSSBRITANNIEN	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁶⁷	• gegen höhere Belastungen für die Nettozahler • für Konzentration der Strukturmittel auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten • für ausschließlich nationale Maßnahmen der Strukturpolitik in Mitgliedstaaten mit einem BIP von über 90% gemessen am EU-Durchschnitt; zeitlich begrenzte Übergangszahlungen möglich • für vereinfachte und flexiblere Vergabe und Überprüfung von Strukturmaßnahmen • für mehr Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität⁶⁸	• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik⁶⁹	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP⁷⁰

ITALIEN		● gegen Überschreitung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP ● für Konzentration der Strukturmittel auf die Ziel-1-Förderung; Anhebung des bisherigen Förderniveaus um mindestens 5% ● für vorläufige Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt ● für Festlegung der Höhe der Ziel-1-Förderung nach dem jeweiligen regionalen BIP und der Beschäftigungsrate ● für höhere Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt ● für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP ● für Vereinfachung der Vergabeverfahren ● für Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität⁷¹		
NIEDERLANDE	● für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁷²	● für beträchtliche Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP ● für Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen Mitgliedstaaten, nicht mehr zwischen Regionen (Kohäsions-Ansatz) ● für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP ● für Vereinfachung und Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität bei der Vergabe von Strukturmitteln ● für Beibehaltung von Maßnahmen mit europäischem Mehrwert, insbesondere in Hinblick auf die grenzüberschreitende Kooperation⁷³	● für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen ● für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik⁷⁴	● für Erhöhung der Ausgaben für die GASP⁷⁵

BELGIEN		• gegen Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für mehr Dezentralisierung gemäß dem Prinzip der Subsidiarität⁷⁶		
DÄNEMARK		• für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für faire und zeitlich begrenzte Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für mehr Effizienz und Dezentralisierung bei der Durchführung von Strukturmaßnahmen • für Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation⁷⁷		
SCHWEDEN	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁷⁸	• für beträchtliche Senkung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Konzentration der Fördermittel auf die Beitrittsländer • für Verringerung des Wohlstandsgefälles zwischen Mitgliedstaaten, nicht mehr zwischen Regionen (Kohäsions-Ansatz) • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4%	• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik⁸⁰	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP⁸¹

		des BIP • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des EU-BIP für die Ziel-1-Förderung, falls die Regionalförderung entgegen eigener Ansichten bestehen bleibt • für Verwendung von maximal 5-10% der Strukturmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel- 1, zum Beispiel für die Ziel-2-Förderung und die grenzüberschreitende Kooperation⁷⁹		
FINNLAND	• für Umschichtung finanzieller Mittel von der GAP auf die Entwicklung des ländlichen Raums⁸²	• gegen Überschreitung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Konzentration der Fördermittel auf die Ziel-1-Förderung • für Ausweitung der Kriterien zur Bestimmung der Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Übergangsregelungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für ¼ der Strukturmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel 1 • für Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit • für Vereinfachung und Dezentralisierung bei der Vergabe und Durchführung von Strukturmaßnahmen⁸³		
ÖSTERREICH	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁸⁴		• für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik⁸⁵	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP⁸⁶

SPANIEN		• für Beibehaltung der bisherigen Strukturförderung zum Abbau von regionalen Disparitäten⁸⁷		
PORTUGAL		• für Minimum an Ausgaben für die EU-Strukturpolitik in Höhe von 0,45% des EU-BIP • für Beibehaltung der bisherigen Förderhöhe für Regionen, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Konzentration der Strukturmittel auf die Ziel-1-Förderung; Anhebung des bisherigen Förderniveaus um mindestens 5% • für Beibehaltung und mögliche Erhöhung der Mittel des Kohäsionsfonds • für Vereinfachung, mehr Transparenz und Dezentralisierung bei der Vergabe von Strukturmitteln⁸⁸		
POLEN	• Polens Botschafter in Berlin, Andrzej Byrt: für schrittweisen Abbau der Agrarsubventionen zu Gunsten von EU-Projekten für Ausbildung und EU-Verteidigung⁸⁹			
SLOWENIEN		• für Konzentration der Fördermittel auf die Ziel-1-Förderung • für Beibehaltung der Ziel-1-Förderung bis 2013 und anschließender Übergangszahlungen für Regionen in den Beitrittsländern, deren Ziel-1-Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung des Kohäsionsfonds mit einem Drittel der gesamten Strukturausgaben • für Beibehaltung der Ziel-1- und Ziel-2-Förderung sowie einer Stärkung der Gemeinschaftsinitiativen, insbesondere im Hinblick auf grenzüberschreitende Kooperation • für Vereinfachung der Vergabe von Strukturmit		

		teln ⁹⁰		
TSCHECHIEN		• für Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Erfüllung der Kohäsionsziele • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des EU-BIP für die Ziel-1-Förderung • für Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen; ¾ der Strukturmittel für die Ziel-1-Förderung • für Beschränkung der Höhe und Dauer von Übergangszahlungen für Regionen, deren Ziel-1-Förderung wegen oder auch ohne Erweiterung entfällt • für Zusammenlegung der Ziel-1- und Ziel-2-Förderung • für Vereinfachung, mehr Transparenz und Dezentralisierung bei der Vergabe von Strukturmitteln • für unterschiedliche Modelle nationaler Kofinanzierung entsprechend dem Entwicklungsstand der Mitgliedstaaten • für Beibehaltung des Kohäsionsfonds mit einem Drittel der gesamten Strukturausgaben⁹¹		
UNGARN		• für Gleichbehandlung der alten und der neuen Mitgliedstaaten der EU • für Erhöhung der bisherigen Ausgabenobergrenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45% des EU-BIP • für Beibehaltung des Schwellenwerts von 75% des EU-BIP für die Ziel-1-Förderung • für Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen • für Beibehaltung und Stärkung des Kohäsionsfonds • für Vereinfachung der Vergabeverfahren		

		• für mehr regionalpolitischen Handlungsspielraum für die Regionen gemäß dem Prinzip der Subsidiarität • für Erhöhung der Ausgaben für die interregionale Kooperation, insbesondere mit Blick auf die neuen EU-Nachbarstaaten • für Etablierung eines finanziellen Instruments für die Einbindung des gesamten westlichen Balkans in die europäische Politik⁹²		
LITAUEN		• für Steigerung der Strukturausgaben • für Konzentration der Strukturausgaben auf die Ziel-1-Förderung in den Regionen • für bisherige Festlegung der Höhe der Ziel-1-Förderung nach dem jeweiligen regionalen BIP • für flexiblere Handhabung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für klare Begrenzung der Dauer und Höhe von Übergangszahlungen für das Ausscheiden aus der Ziel-1-Förderung • gegen Übergangsregelungen für das Ausscheiden aus dem Kohäsionsfonds • für Erweiterung der Aufgaben des Kohäsionsfonds • für Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation⁹³		
MALTA		• für Auslaufen der Ziel-1-Förderung in den Beitrittsländern, erst nachdem diese die volle Förderung für einige Zeit erhalten haben • für Konzentration der Fördermittel auf die Beitrittsländer • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Vereinfachung der Vergabeverfahren⁹⁴		

Themen Agenda 2007 – Ausgabenseite Deutschland

BUNDESREGIERUNG, BUNDESLÄNDER UND PARTEIEN	Landwirtschaft	Strukturpolitik	Interne Politikbereiche	Externe Politikbereiche
BUNDESREGIERUNG	• für Beibehaltung der vom Europäischen Rat im Oktober 2002 festgelegten Obergrenze bis 2013⁹⁵ • für Beibehaltung der beschlossenen stufenweisen Heranführung der Beitrittsländer an die Direktzahlungen⁹⁶ • gegen Erhöhung des gesamten Agrarbudgets zu Gunsten der Entwicklung des ländlichen Raums⁹⁷	• für Senkung der bisherigen Grenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45 % des EU-BIP • für Senkung der Ausgabenobergrenze zu Gunsten zukunftsträgiger Bereiche⁹⁸ • für Finanzierung der Fördermaßnahmen in den Beitrittsländern durch Konzentration der Förderung in der alten Gemeinschaft⁹⁹ • für Absorptionsgrenze von maximal 4% des BIP • für Konzentration der EU-Strukturmittel auf die Ziel 1-Gebiete unter Beibehaltung des Schwellenwerts von 75 % des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für Verwendung von maximal 5-10 % der EU-Strukturfondsmittel für Maßnahmen außerhalb von Ziel 1, insbesondere solche mit hohem europäischen Mehrwert • für Wegfall der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung als eigenständige Ziele • für zeitlich eng begrenzte, faire Über	• für ausreichenden finanziellen Spielraum bei Zukunftsaufgaben und Innovationen¹⁰⁰ • für Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Außengrenzen • für Erhöhung der Ausgaben für die Migrationspolitik¹⁰¹	• für Erhöhung der Ausgaben für die GASP¹⁰²

		gangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Festlegung der Förderhöhe pro Kopf nach dem jeweiligen regionalen BIP • für ausreichenden beihilferechtlichen Spielraum für eine nationale Strukturpolitik • für grundlegende Reform der Verfahren zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik		
BUNDESLÄNDER		• NRW, Saarland und Bremen für Beibehaltung und nach Möglichkeit Unterschreitung der bisherigen Grenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45 % des EU-BIP¹⁰³ • ostdeutsche Bundesländer fordern Strukturhilfen bis zu 0,45% des EU-BIP¹⁰⁴ • für Finanzierung der Fördermaßnahmen in den Beitrittsländern durch Konzentration der Förderung in der alten Gemeinschaft • für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für höhere Effizienz des Mitteleinsatzes durch mehr regionalpolitischen Handlungsspielraum gemäß dem Subsidiaritätsprinzip für die Mitgliedstaaten und Regionen • für Konzentration auf Maßnahmen mit hohem europäischen Mehrwert Reform der EU-Strukturpolitik: • Alternative 1 – Fortsetzung bisheriger Strukturpolitik (v. a. ostdeutsche sowie einige westliche Bundesländer)		

		● Teil der Länder ist für der Ziel-1-Förderung entsprechende Übergangsregelungen, inkl. des diesbezüglichen Beihilferegimes, für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt ● Übergangsregelungen für Regionen, die auch ohne Erweiterung aus der Ziel-1-Förderung fallen ● Beibehaltung des Schwellenwerts von 75 % des BIP pro Kopf auf regionaler Ebene gemessen am EU-Durchschnitt ● für einen aus Kohäsionsfonds und Strukturfonds kombinierten Förderbetrag für die Kohäsionsländer, vorrangig für Umwelt- und Infrastrukturmaßnahmen ● geeignete Fortführung der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung ● Beschränkung der EU-Administration im Hinblick auf Vereinfachung und Dezentralisierung ● mehr beihilferechtlichen Handlungsspielraum für die Mitgliedstaaten und Regionen ● Alternative 2 – Solidaritäts- oder Netzfondssystem (Nettozahler Bayern, Baden-Württemberg und Hessen) ● ausschließliche Förderung schwächerer Mitgliedstaaten durch direkte Transferzahlungen für strukturwirksame Projekte im Rahmen eines Solidaritätsfonds ● mehr beihilferechtlichen Handlungsspielraum für die nationale Strukturförderung ● Zustimmung der Länder nur bei früh		
--	--	---	--	--

		zeitiger und rechtsverbindlicher Zusage durch den Bund für eine angemessene Kompensation der den Ländern entgehenden EU-Mittel ¹⁰⁵		
SPD	• für Entkopplung der Agrarsubventionen von der Produktionsmenge¹⁰⁶	• SPD-Fraktion: lehnt die Ausweitung der Ausgaben für die Strukturpolitik, wie von Barnier gefordert, als Vorfestlegung ab¹⁰⁷	• für Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Forschung, Technologie und Entwicklung¹⁰⁸	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	• für mittelfristige Senkung der Agrarausgaben • für Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen für die Landwirtschaft im Sinne von Multifunktionalität¹⁰⁹	• gegen Überschreitung, aber für Ausschöpfung der bisherigen Grenze für die EU-Strukturpolitik von 0,45 % des EU-BIP für Beibehaltung der Absorptionsgrenze von 4% des BIP • für Konzentration von 2/3 der EU-Strukturmittel auf die Ziel-1-Gebiete unter Beibehaltung des Schwellenwerts von 75 % des BIP pro Kopf gemessen am EU-Durchschnitt • für gerechte Übergangsregelungen für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Beibehaltung der Festlegung der Förderhöhe pro Kopf nach dem jeweiligen regionalen BIP • für Beibehaltung der Ziel-2- und Ziel-3-Förderung und ihre Konzentration auf Maßnahmen mit hohem europäischen Mehrwert • für mehr Eigenverantwortung auf lokaler und regionaler Ebene • für Vereinfachung der Verfahren zur Umsetzung der EU-Strukturpolitik¹¹⁰ • für Förderung der Grenzregionen • für Abschaffung des Kohäsionsfonds¹¹¹	• für Erhöhung der Finanzmittel, u. a. für die Bereiche nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergerechtigkeit, Umweltschutz, Forschung, Integration und europäische Wissensgesellschaft • gegen Beihilfen für die Atomenergie • gegen Beihilfen für ökologisch schädliche Produkte und Produktionsverfahren • für verstärkten Kampf gegen Betrug, Verschwendung und Korruption¹¹²	• für Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den jährlichen Haushaltsplan • für Erhöhung der Finanzmittel für die GASP¹¹³

CDU/CSU	• für vollständige Entkopplung, um weniger Bürokratie und mehr Übersichtlichkeit zu schaffen • für beschlossene stufenweise Einführung der Direktzahlungen für die Beitrittsländer¹¹⁴ • für nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen, vollständig und dauerhaft sichergestellt durch den Bund • gegen Modulation als zu bürokratisch und nicht notwendig für die Entwicklung des ländlichen Raums • gegen Cross-Compliance als zu bürokratisch und kostenintensiv¹¹⁵ • gegen mögliche Degression der Beihilfen durch das beschlossene „Einfrieren“ der Ausgabenobergrenze bei gleichzeitiger Erweiterung¹¹⁶	• für Reduzierung von Einzahlungen und Rückflüssen durch Konzentration auf die Förderung wirtschaftlich besonders schwacher Regionen • für der Ziel-1-Förderung entsprechende Übergangsregelungen einschließlich des diesbezüglichen Beihilfereglements für Regionen, deren Förderung mit der Erweiterung entfällt • für Anschlussregelungen für Regionen, die auch ohne Erweiterung aus der Ziel-1-Förderung ausscheiden • für mehr Transparenz, Vereinfachung und Adressatennähe bei der Vergabe von Strukturfördermitteln sowie effizienter Ergebniskontrolle • für verstärkte Förderung deutscher Grenzregionen zu den Beitrittsländern¹¹⁷ • für spürbare Beschränkung der Beihilfenkontrolle der Kommission sowie der gesamten administrativen Verfahren der EU zu Gunsten nationaler und regionaler Handlungsspielräume • für Konzentration der Strukturfonds auf die bedürftigsten Mitgliedstaaten in Form des Nettofondssystems¹¹⁸		
FDP	• für nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen • für mehr nationale Steuermöglichkeiten • für vollständige Entkopplung, um weniger Bürokratie und mehr Übersichtlichkeit zu schaffen • für Abbau von Exportsubventionen und Agrarzöllen		• für Umschichtung der Ausgaben hin zu Bildung, Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien¹²⁰	

	• für mehr Effizienz und Transparenz in der Agrarbürokratie sowie eine Vereinfachung der Vergabeverfahren • für Cross-Compliance nur bei Vermeidung von mehr Bürokratie¹¹⁹			
--	--	--	--	--

-
- 1 Vgl. Schreyer, Michael, „Herausforderungen an den EU-Haushalt nach 2006“, Rede am 14.10.2003, Centre of European Policy Studies (CEPS), Brüssel, http://europa.eu.int/comm/commissioners/schreyer/speeches/ceps_brussels_141003_de.pdf
 - 2 Vgl. „Pacte, budget: la Commission hésite face aux Etats“, in: *Le Monde*, 09.01.2004, S. 5. Siehe auch „Streit über den Brief der Sechs“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.12.03, S. 2 sowie „Prodi: Ich bin nicht der Weihnachtsmann“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.12.03, S. 1.
 - 3 Vgl. „Pacte, budget: la Commission hésite face aux Etats“, in: *Le Monde*, 09.01.2004, S. 5.
 - 4 Vgl. „Konflikt mit EU-Geberländern droht“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.01.2004, S. 12.
 - 5 Vgl. „Nachgefragt: Michael Schreyer. Wir brauchen ein gerechteres System“, in: *Handelsblatt*, 30.09.2003, S. 6.
 - 6 Vgl. „Zickzack in die Zukunft“, in: *Die Zeit*, 12.12.2002, S. 21.
 - 7 Vgl. „Deutschlands Beitrag zum EU-Etat sinkt leicht“, in: *Handelsblatt*, 19.09.2003, S. 8.
 - 8 Vgl. Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, 15.12.2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel,-577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm> Siehe auch Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundestkanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?print.View=y>
 - 9 Vgl. Europäische Finanzverfassung – Erklärung von Hans Martin Bury im Plenum des Europäischen Konvents, 04.04.2003, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4308
 - 10 Vgl. Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, 15.12.2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel,-577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm>
 - 11 Vgl. ebd.
 - 12 Vgl. „EU-Haushalt. Rabattschlacht“, in: *Handelsblatt*, 08.10.03, S. 9.
 - 13 Vgl. „Eichel gewinnt Verbündete im Streit über den EU-Haushalt“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 21.01.04, S. 6.
 - 14 Wie Anm. 10.
 - 15 Wie Anm. 13.
 - 16 Vgl. ebd.
 - 17 Wie Anm. 10.
 - 18 Vgl. ebd.
 - 19 Vgl. „Brüssel will mehr Geld – Berlin wehrt sich“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.01.2004, S. 1.
 - 20 Wie „Prodi: Ich bin nicht der Weihnachtsmann“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.12.03, S. 1..
 - 21 Vgl. „Polen äußert Verständnis für Nettozahler“, in: *Handelsblatt*, 18.12.2003, S. 3.
 - 22 Vgl. ebd.
 - 23 Vgl. „Hungary urges big EU nations to be generous“, in: *The Financial Times*, 14.01.2004, S. 2.
 - 24 Wie Anm. 13.
 - 25 Vgl. Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, 15.12.2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel,-577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm> Siehe auch Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundestkanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?print.View=y>
 - 26 Vgl. Europäische Finanzverfassung – Erklärung von Hans Martin Bury im Plenum des Europäischen Konvents, 04.04.2003, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=4308
 - 27 Vgl. Eckpunkte der Regierungschefs der Länder zur Zukunft der Struktur- und Wettbewerbspolitik der EU nach 2006, beschlossen auf der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 23.-25. Oktober 2002 in Hamburg.
 - 28 Vgl. EU-Haushalt: SPD für mehr Innovation, <http://europakampa.de/servlet/PB/menu/1484073/index.html>
 - 29 Vgl. Thesen zur Zukunft der Regionalpolitik, Garrelt Duin, MdEP der SPE, http://duin.ostfriesland-vier.de/callmodule.php?container_id=42&print=1
 - 30 Vgl. Eckpunktepapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur EU-Strukturpolitik nach 2006, 5/6.2003, http://www.sh.gruene.de/%7Erainder/html/europa/strukturpolitik/eck_struktur.html
 - 31 Vgl. Beschluss. Europawahlprogramm 2004, 30.11.2003, http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_datei/0,,4931,00.pdf
 - 32 Vgl. ebd.
 - 33 Vgl. Glos, Michael, „Sparsamkeit hat Priorität“, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 19.01.2004, <http://www.cdusu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvdj0yJnN1YnNIY3Rpb249MSZpZD0-3Nzg1Jg==&control=96123212176261886925116911313966179138222152>
 - 34 Vgl. „CDU-Europapolitik. Pöttering fordert mehr Klarheit in den EU-Finzen“, 21.01.2004,

-
- http://www.cdu.de/ueber-uns/buvo/poettering/hp_210104.htm
- 35 Wie Anm. 9. Siehe auch Müller, Gerd, „Nein zur eigenen EU-Steuer - Europa muss sich begrenzen“, außen- und europapolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 19.01.2004, <http://www.cducsu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0yJnN1YnNlY3Rpb249MSZpZD03Nzg2Jg==&control=180190130107314249224752081034523724910586>
- 36 Vgl. „Koch-Mehrin: Forderung nach zusätzlichen Geldern ist inakzeptabel“, 01/2004, http://www.fdp-europawahl.de/webcom/show_article.php/_c-2/_nr-7/_p-1/i.html
- 37 Vgl. „Wir können Europa besser. Für ein freies und faires Europa“. Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken, <http://www.fdp-bundesverband.de/pdf/Wahlprogramm-europawahl.pdf>
- 38 Vgl. „Solms – EU-Steuer überflüssig“, 10.07.2001, <http://www.fdp-fraktion.de/pressemitteilung.php?id=32821>
- 39 Vgl. Schreyer, Michael, „Herausforderungen an den EU-Haushalt nach 2006“, Rede am 14.10.2003, Centre of European Policy Studies (CEPS), Brüssel, http://europa.eu.int/comm/commissioners/schreyer/speeches/ceps_brussels_141003_de.pdf
- 40 Vgl. „Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie“, in: *Prager Zeitung*, 14.11.2002, S. 3.
- 41 Vgl. „Zank um EU-Finzen weitet sich aus“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.12.2003, S. 6. Siehe auch „Die Suche nach einem Steinbruch im EU-Haushalt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.12.2003, S. 12.
- 42 Wie Anm. 39.
- 43 Vgl. „Nachgefragt: Michael Schreyer. Wir brauchen ein gerechteres System“, in: *Handelsblatt*, 30.09.2003, S. 6.
- 44 Vgl. „Weniger Landwirtschaft, mehr regionale Wirtschaftsförderung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.2003, S. 23. Siehe auch „Die EU-Strukturpolitik verfehlt ihr Ziel“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.02.2003, S. 19.
- 45 Vgl. „EU-Kommissare streiten über Gelder für Regionalpolitik“, in: *Handelsblatt*, 01.10.2003, S. 6.
- 46 Vgl. „Muss die EU die Strukturhilfen erhöhen?“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 31.01.2003, S. 9. Siehe auch „EU ignoriert Sparaufrufe Deutschlands“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.01.2003, S. 13.
- 47 Wie Anm. 45.
- 48 Vgl. ebd. Siehe auch „Brussels to delay EU budget paper“, in: *The Financial Times*, 13.11.2003, S. 1.
- 49 Vgl. ebd. Siehe auch „Commissioners launch bid to scale back aid to poor EU regions“, in: *The Financial Times*, 30.09.2003, S. 1.
- 50 Wie Anm. 39.
- 51 Vgl. „Schreyer ist mit EU-Verfassung noch unzufrieden“, in: *Der Tagesspiegel*, 11.07.2003, S. 5.
- 52 Vgl. „Pacte, budget: la Commission hésite face aux Etats“, in: *Le Monde*, 09.01.2004, S. 5.
- 53 Wie Anm. 39. Siehe auch „Schreyer: Mehr Geld für Außenpolitik“, in: *Handelsblatt*, 14.02.2003, S. 5.
- 54 Vgl. Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem zweiten Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, C 284 E/329, 07.02.2002, <http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/ce284/ce28420021121de03290336.pdf>
- 55 Vgl. Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, 15.12.2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel,-577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm>
- 56 Vgl. „Schröder und Chirac wollen EU-Reformen entschlossen vorantreiben“, 10.06.2003, <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Europaeische-Union/Nachrichten,-9221.492352/artikel/Schroeder-und-Chirac-wollen-EU.htm>
- 57 Vgl. „Weniger Landwirtschaft, mehr regionale Wirtschaftsförderung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.2003, S. 23.
- 58 Vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?print.View=y>
- 59 Vgl. ebd. Siehe auch „Bundesregierung gerät im Streit um EU-Strukturhilfe unter Druck“, in: *Handelsblatt*, 10.11.2003, S. 6.
- 60 Vgl. ebd.
- 61 Wie Anm. 55.
- 62 Vgl. ebd.
- 63 Wie Anm. 55. Siehe auch „Polen äußert Verständnis für Nettozahler“, in: *Handelsblatt*, 18.12.2003, S. 3.
- 64 Vgl. Reform der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts: Beitrag Frankreichs, 10/2002, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/french_government_dec_02_en.pdf
- 65 Wie Anm. 55.
- 66 Vgl. ebd.
- 67 Vgl. ebd.
- 68 Vgl. UK Government position on the future of EU regional policy – Statement to Parliament, 17.10.2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/ukgov_position_0903_en.pdf

-
- Siehe auch: A modern regional policy for the United Kingdom, 3/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/departement_of_trade_and_industry_mar_03.pdf
- 69 Wie Anm. 55.
- 70 Vgl. ebd.
- 71 Vgl. Second Italian Memorandum on the reform of the EU Regional Cohesion Policy 2007-2013, 10/2002, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/second_italian_memorandum_dec_02_en.pdf
- 72 Wie Anm. 55.
- 73 Vgl. Contribution of the Netherlands. Key document on the Future of Economic and Social Cohesion Policies, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/dutchposition1.pdf
- 74 Wie Anm. 55.
- 75 Vgl. ebd.
- 76 Vgl. The outlook for the European cohesion policy after 2006. Contribution of Belgium with a view to the informal council of Chalkidiki on 16 May 2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/cohesiebeleid_belgisch_standpunt_080503_en.pdf
- 77 Vgl. Enabling cohesion in an enlarged EU of 25. Memorandum by the Danish Government, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/memo_dk_en.pdf
- 78 Wie Anm. 55.
- 79 Vgl. „Non-Paper“. Sweden. Basic position on the future EU cohesion policy, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/non_paper_sweden_may_2003_en.pdf
- 80 Wie Anm. 55.
- 81 Vgl. ebd.
- 82 Vgl. Informal regional policy ministerial meeting in Greece Chalkidiki, 16.05.2003. Finnish views on future EU cohesion policy, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/finnish_position_en_140503_en.pdf
- 83 Vgl. ebd.
- 84 Wie Anm. 55.
- 85 Vgl. ebd.
- 86 Vgl. ebd.
- 87 Vgl. Memorandum. Regional Policy and Enlargement, Spanien, 19.04.2001, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/memorandumespagnol_01_en.pdf Siehe auch „EU ignoriert Sparrufreie Deutschlands“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.01.03, S. 13.
- 88 Vgl. Portuguese position on economic and social cohesion policy reform (unofficial translation), 9/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/portugal_030709_en.pdf
- 89 Vgl. „Polen äußert Verständnis für Nettozahler“, in: *Handelsblatt*, 18.12.2003, S. 3.
- 90 Vgl. Reform of Economic and Social Cohesion Policy: the Contribution of the Republic of Slovenia, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/memo_slovenia_en.pdf
- 91 Vgl. Memorandum of the Czech Republic on the Reform of the EU's Economic and Social Cohesion Policy, 10/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/czech_oct03_en.pdf
- 92 Vgl. Memorandum of the Hungarian government on the future of the cohesion policy of the European Union, 7/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/hungarian_memorandum.pdf
- 93 Vgl. Lithuanian non-paper on the future EU Cohesion Policy. Summary of essential statements from the Lithuanian position regarding the role of Cohesion Policy in the enlarged EU, 5/2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/non_paper_republic_of_lithuania_en.pdf
- 94 Vgl. Memorandum on the Future Cohesion Policy of the European Union, Malta, 21.08.2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/futur/member/non_paper_republic_of_lithuania_en.pdf
- 95 Vgl. Gemeinsames Schreiben Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Österreichs und Schwedens an den EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, 15.12.2003, <http://www.bundesregierung.de/artikel,577056/Gemeinsames-Schreiben-Deutschl.htm>
- 96 Vgl. „Schröder und Chirac wollen EU-Reformen entschlossen vorantreiben“, 10.06.2003, <http://www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/Europaeische-Union/Nachrichten-9221.492352/artikel/Schroeder-und-Chirac-wollen-EU.htm>
- 97 Vgl. „Weniger Landwirtschaft, mehr regionale Wirtschaftsförderung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.2003, S.23.
- 98 Vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Europa-Forum am 05.11.2003, <http://www.bundeskanzler.de/Kanzler-News-7698.553368/a.htm?printView=y>
- 99 Vgl. ebd. Siehe auch „Bundesregierung gerät im Streit um EU-Strukturhilfe unter Druck“, in: *Handelsblatt*, 10.11.2003, S. 6.

-
- 100 Vgl. ebd.
- 101 Wie Anm. 95.
- 102 Vgl. ebd.
- 103 Vgl. Positionspapier der Länder Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen zur weiteren Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen, 17. Februar 2003, http://europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/document/schref_de.pdf
- 104 Wie Anm. 99. Siehe auch „EU ignoriert Sparaufrufe Deutschlands“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.01.2003, S. 13 und „Die EU-Strukturpolitik verfehlt ihr Ziel“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.02.2003, S. 19.
- 105 Vgl. Eckpunkte der Regierungschefs der Länder zur Zukunft der Struktur- und Wettbewerbspolitik der EU nach 2006, beschlossen auf der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 23.-25. Oktober 2002 in Hamburg.
- 106 Vgl. Europamanifest der SPD. Europadelegiertenkonferenz am 16. November 2004, <http://www.europakampa.de/servlet/PB/show/1440820/manifest-europawahl-071103.pdf>
- 107 Vgl. Europa-Informationsbrief „Europapolitik der SPD-Bundestagsfraktion 2002-2003 – eine Bilanz“, 09.12.2003, http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,2914,00.pdf
- 108 Vgl. EU-Haushalt: SPD für mehr Innovation, <http://europakampa.de/servlet/PB/menu/1484073/index.html>
- 109 Vgl. Beschluss. Europawahlprogramm 2004, 30.11.2003, http://www.gruene-partei.de/rsvgn/rs_datei/0,,4931,00.pdf
- 110 Vgl. Eckpunktepapier der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur EU-Strukturpolitik nach 2006, 5/6.2003, http://www.sh.gruene.de/%7Erainder/html/europa/strukturpolitik/eck_struktur.html
- 111 Wie Anm. 109.
- 112 Vgl. ebd.
- 113 Vgl. ebd.
- 114 Vgl. Deutschland braucht seine Bauern. CDU/CSU-Positionspapier zur Agrarpolitik, 05.12.2002, http://www.cdu.de/politik-a-z/landwirtschaft/positionspapier_agrarpolitik3.pdf
- 115 Vgl. Memorandum von CDU/CSU zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, 28.04.2003, http://www.cdu.de/politik-a-z/landwirtschaft/memorandum_klausurtagung_2804.pdf
- 116 Vgl. „Vertane Chance – EU-Agrarreform bringt deutschen Landwirten Nachteile“, 07.10.03, <http://www.cdu.de/politik-a-z/landwirtschaft/beschluss-agrarreform-071003.htm>
- 117 Vgl. Strukturpolitik zukunftsfähig gestalten. Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 01.04.2003, Drucksache 15/749, <http://www.cdusu.de/aktuelles/initiativen/F715-9FBA298E92F9CE32E1D092CEC5FC11348-r2d4usbh.pdf>
- 118 Vgl. Hofbauer, Klaus, „Ein klares Konzept zur Reform der europäischen und nationalen Strukturpolitik“, Rede zur Strukturpolitik am 05.06.2003, <http://www.cdusu.de/Meldungen.aspx?hash=c2VjdGlvbj0xJnN1YnNlY3Rpb249NiZpZD0xMzg5Jg==&control=1942081321181146413311936323312712713190>
- 119 Vgl. FDP-Antrag zur EU-Agrarpolitik vom 13.02.2003, <http://mdb.liberal.de/fraktion/dateien/initiativen/AntragEU-Agrarpolitik050203.pdf>
- 120 Vgl. „Wir können Europa besser. Für ein freies und faires Europa“. Programm der FDP zur Europawahl 2004, beschlossen auf dem Europatag am 17. Januar 2004 in Saarbrücken, <http://www.fdp-bundesverband.de/pdf/Wahlprogramm-europawahl.pdf>